



## **Newsletter Hochschule und Wissenschaft, Ausgabe 71, 01.02.2011**

---

### **Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder abschaffen**

### **Sicherung der bisherigen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau**

---

#### **Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder abschaffen**

Im Rahmen der Föderalismusreform I wurden in den Bereichen Bildung und Wissenschaft die jeweiligen Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern neu geregelt. Die Schulpolitik fällt nun komplett in die Länderkompetenz und auch die Zuständigkeit für die Hochschulen wurde nahezu vollständig auf die Länder übertragen. Zugleich wurde dem Bund durch das sich aus Artikel 104 b GG ergebende Kooperationsverbot untersagt, die Länder in ihrer bildungs- und wissenschaftspolitischen Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen.

Mit einem in der letzten Woche in der Bürgerschaft beschlossenen Antrag der rot-grünen Koalition wird der Senat aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder im Bildungsbereich wieder stärker zusammenarbeiten dürfen. Dieser Antrag entstand auf grüne Initiative. „Die Kleinstaaterei hat sich nicht bewährt“, so die grüne Bildungspolitikerin Anja Stahmann. „Ärmere Länder wie Bremen oder Berlin stehen vor der Herausforderung, trotz knapper Kassen und vielen sogenannten Risikoschülern gleichwertige Bildungschancen zu gewährleisten. Im Wettbewerb mit den finanzstärkeren Ländern ist das ein echter Nachteil, ärmere Ländern drohen abgekoppelt zu werden.“

## **Sicherung der bisherigen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau**

Ebenso wie beim Kooperationsverbot wurde im Rahmen der Föderalismusreform I auch die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau abgeschafft. Als Grüne haben wir uns immer dagegen ausgesprochen. Beschlossen wurde damals eine Übergangslösung. Darin hat der Bund den Ländern weiterhin Geld für Hochschul- und Forschungsbauten sowie Forschungsgroßgeräte zur Verfügung gestellt. Dank dieser Mittel konnten wichtige Investitionen im Hochschulbau und in der Sanierung in den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven abgesichert werden. Diese Übergangslösung endet 2019, die Zweckbindung allerdings schon 2013.

Jetzt kommt es darauf an, eine Anschlussregelung zu finden, die nach dem Föderalismusreform-Begleitgesetz auch ausdrücklich möglich ist. Wir wollen, dass bereits jetzt festgeschrieben wird, dass der Bund weiterhin den Festbetrag mindestens in unveränderter Höhe zur Verfügung stellt. Dies ist uns wichtig, da wir Planungssicherheit brauchen, denn die Planung von Bauprojekten benötigt einen gewissen Vorlauf.

Bremen hat in der Vergangenheit 12,8 Mio. Euro im Jahr bekommen. Die brauchen wir weiterhin. Wichtig ist dabei auch die Zweckbindung der Mittel, da wir einen hohen Sanierungsstau in unseren Hochschulgebäuden haben. So ist die Universität in den 70er Jahren gebaut worden, hier gibt es viel zu tun. Außerdem müssen wir dringend den AB-Trakt der Hochschule Bremen sanieren, da er auch in Punkto Brandschutz mittlerweile höchst fragwürdig ist. Weitere Gebäude ließen sich benennen.

SPD und Grüne haben daher gemeinsam einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, mit dem sie sicherstellen wollen, dass die bisherigen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau erhalten bleiben. Dieser Antrag wurde in der letzten Woche in der Bürgerschaft neben Rot-Grün auch von der FDP und den Linken mit unterstützt. Einzig die CDU enthielt sich.

Den Antrag finden Sie hier:

[http://www.buergerschaft-bremen.de/drs\\_abo/Drs-17-1476\\_164.pdf](http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1476_164.pdf)

### **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin  
[silvia.schoen@gruene-bremen.de](mailto:silvia.schoen@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-231)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend  
[tobias.erzmann@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt  
die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)